

**Seminar: Erziehung für Menschenrechte, Demokratie und  
Zivilgesellschaft**

**Unterrichtsentwurf:  
*Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit***

Dozent: Lothar Müller

Sommersemester 2014

Universität Trier

Bildungswissenschaften

**Alma Rosa Borchert**

# Didaktische Analyse

## Thema: Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit

### Einleitung

Da die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland für uns selbstverständlich ist, ist es umso dringlicher, den Schülern zu vermitteln, dass dies nicht der Normalfall ist.

Als einführendes Thema sollen dabei die aktuellen Unruhen, begonnen im März 2014 mit dem Verbot von *youtube* und *Twitter*, in der Türkei, speziell in den Metropolen Istanbul und Ankara, dienen. Dort werden zurzeit friedliche Demonstrationen von der türkischen Polizei bereits im Keim erstickt. Diese schreckt auch vor gewaltvollen Methoden wie der Benutzung von Wasserwerfern und Gasbomben nicht zurück, um die Demonstranten abzuschrecken.

Für Schüler der Klassenstufen 9-10 ist die Meinungsfreiheit ein präsenteres Thema, da sie in diesem Alter beginnen, sich für ihre Meinung einzusetzen und diese über die verschiedensten Medien der Welt preisgeben. Die Unterrichtseinheit weist also einen sehr hohen Alltagsbezug für die Schüler auf und Ziel für sie ist es somit, einen Einblick in eine Welt zu bekommen, die sie so nicht kennen. Eine Welt, in der sie dafür bestraft werden, dass sie für ihre eigentlich selbstverständlichen Menschenrechte eintreten. Eine Welt, in der es sich über *youtube* und *Twitter* zu äußern verboten ist. Sie sollen sich mit dem Gefühl auseinandersetzen, wie es ist, seine Meinung nicht äußern zu dürfen und mit dem Gefühl der Empörung, wenn aus einer friedlichen Demonstration ein Machtkampf mit der Polizei wird.

Durch aktuelle Fallbeispiele soll der Zugang zum Thema erleichtert werden und durch Gruppendiskussionen so wie eine Gruppenarbeit und die Erarbeitung eines Standbildes soll eine abwechslungsreiche, interaktive so wie kreative Unterrichtsstunde entstehen. Idealerweise gehen die Schüler zum Nachdenken und zu selbstständigem Denken angeregt aus dem Unterricht.

Die Unterrichtseinheit kann wie oben genannt in den Klassenstufen 9-10 angewandt werden und das am Besten im Rahmen des Sozialkunde- oder Wirtschaft- und Politikunterrichts.

## **1. Exemplarität**

Das Thema der Unterrichtsstunde ist das zentrale Recht der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, welches exemplarisch für die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* steht.

Die von der türkischen Polizei gewaltvoll unterbundenen, friedlichen Demonstrationen in Istanbul, stehen dabei beispielhaft für die aktuelle Verletzung dieses Rechts, welches jeder Mensch nach der AEdMr besitzt, so wie es in Artikel 19 und 20 geschrieben steht.

## **2. Gegenwartsbedeutung**

Das Thema der Meinungs- und Versammlungsfreiheit spielt aktuell eine große Rolle und besonders in heutigen Zeiten, in denen junge Menschen ihre Meinung tagtäglich mit der ganzen Welt über *Twitter* und *Facebook* teilen und um für ihre Rechte einzutreten auf die Straßen gehen.

Für die Schüler ist es selbstverständlich, dass sie ihre Meinung äußern dürfen wann immer sie wollen und nicht vorstellbar, dass vielen Menschen dieses Recht verwehrt wird.

Aus diesem Grund hat das Thema der Unterrichtsstunde eine große Bedeutung für die Sie.

Zwar bekommen die Schüler durch aktuelle Geschehnisse mit, dass andere Menschen in der Welt diese Freiheiten nicht haben, machen sich darüber dann aber nicht weiter Gedanken, eben weil der Begriff der „Meinungsfreiheit“ durch seine Selbstverständlichkeit zu abstrakt für Sie ist.

## **3. Zukunftsbedeutung**

Das Thema der Meinungs- und Versammlungsfreiheit wird auch zukünftig immer eine große Rolle spielen und als zentrales Recht der Menschen nie an Bedeutung verlieren, da es eines der wichtigsten Güter des Menschen ist, seine Meinung frei äußern zu dürfen.

Den Schülern soll deutlich gemacht werden, dass es ungemein wichtig ist, sich in dieser Freiheit nicht unterdrücken zu lassen und es muss klar werden, dass die Meinungsfreiheit ein Privileg ist, ein wertvolles Gut, welches Sie für ihr zukünftiges Leben immer brauchen werden.

Durch die aktuellen Fallbeispiele der Unruhen in der Türkei wird klar, dass die Verletzung der Menschenrechte, speziell die der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, immer Thema bleiben werden, da es immer Menschen geben wird, die versuchen, die Meinungen anderer zu unterdrücken um eigene Interessen durchzusetzen.

## **4. Struktur**

Zu aller erst muss den Schülern als Einstieg zum Thema Menschenrechte die AEdMr nahegebracht werden, um Verständnisprobleme zu vermeiden. Aus zeitlichen Gründen muss dies eventuell schon in der vorherigen Stunde geschehen sein.

Hierbei kann natürlich nicht auf jeden einzelnen Artikel eingegangen werden, dies würde wahrscheinlich zu einer allgemeinen stofflichen Überforderung der Schüler führen. Jedoch müssen die wichtigsten und zentralsten Aussagen deutlich werden und die Schüler müssen verstehen, warum die Kenntnis der Menschenrechte so wichtig für ihre allgemeine Weiterbildung ist.

Von großer Bedeutung ist in dieser Unterrichtseinheit natürlich der Begriff der „Meinungsfreiheit“. Es muss zu Beginn geklärt werden, was dieser eigentlich bedeutet. Die ersten spontanen Reaktionen, die der Begriff bei den Schülern hervorruft, sollen aufgegriffen und in einem Standbild verdeutlicht werden.

Wichtig in dieser Stunde ist, dass die Schüler sich trotz der Selbstverständlichkeit, mit der sie der freien Meinungsäußerung naturgemäß begegnen, in die Lage der Menschen versetzen können, denen dieses Recht untersagt ist. Dafür sollen anschaulich die aktuellen Unruhen in der Türkei

präsentiert und diskutiert werden, um alle auf einen gemeinsamen Wissensstand zu bringen.

## **5. Zugänglichkeit**

Ein vorhergegangenes Stationenlernen zum Thema „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ hat allen Schülern idealerweise den Einstieg in das Thema erleichtert.

Durch ein kurzes Brainstorming am Anfang der Stunde, in dem jeder Schüler seine spontanen Assoziationen und Gefühle, welche ihm zu dem Thema „Meinungs- und Versammlungsfreiheit“ in den Sinn kommen, zum Ausdruck bringt, ist die Identifikation eines jeden Schülers mit dem Thema gewährleistet.

Durch eine Gruppenarbeit sollen die aktuellen Unruhen in der Türkei erarbeitet werden, um alle Schüler auf denselben Wissensstand zu bringen. In den Gruppen soll außerdem ein Gruppenstandbild oder ein Rollenspiel erarbeitet werden, um einerseits die Selbstverständlichkeit der Meinungsfreiheit der Schüler und andererseits die Unterdrückung dieser Freiheit in der Türkei im krassen Gegensatz anschaulich darzustellen. So können sich die Schüler mit den Menschen identifizieren, denen das Recht auf Meinungsäußerung verwehrt ist und eine Empathie dieser wird geweckt.

Durch eine abschließende Gruppendiskussion sollen die Schüler zum Nachdenken angeregt werden und ihre Gedanken und Gefühle preisgeben.

Zugänglich ist das Thema alleine schon durch seine wichtige Stellung als zentrales Recht der AEdMr. Den Schülern muss nach der Unterrichtseinheit klar sein, wie ungemein wichtig es ist, seine Meinung zu äußern und sich in dieser Freiheit nicht unterdrücken zu lassen.

## **Lernziele**

### **Übergeordnetes Lernziel**

Die Schüler sollen sich intensiv mit dem Thema der Meinungs- und Versammlungsfreiheit auseinandersetzen und anhand des Beispiels der Unruhen in der Türkei über die menschenrechtspolitische Situation dort aufgeklärt werden.

### **Feinziele**

Die Schüler sollen...

... zum Nachdenken und eigenständigem Denken motiviert werden.

... ihre Kenntnisse zum Thema Menschenrechte in Bezug auf die Meinungsfreiheit vertiefen

... sich mit den Menschen identifizieren können, denen es menschenrechtlich gesehen nicht so gut geht wie ihnen und Empathie empfinden

... es als Privileg ansehen, dass sie frei sind ihre Meinung zu äußern, es jedoch nicht als selbstverständlich ansehen

# Stundenverlauf

Zeit	Phasen	Inhalte	LZ	Methoden	Sozialformen	Medien
5 Min.	Begrüßung Einstieg	- AEdMr	Vertiefung des Themas	Frontal- unterricht	Plenum	Tafel
8 Min.	Erarbeitungs- phase 1	Meinungs- freiheit	Auseinander- setzung mit Thema	Brain- storming	Plenum	Stuhlkreis Tafel
10 Min.	Erarbeitungs- phase 2	Gruppen- lösung  Unruhen in Türkei	Information über aktuelle Geschehnisse		Gruppen- arbeit	Zeitungs- artikel  Texte
10 Min.	Vertiefung	Gedanken- austausch	Identifikation mit Betroffenen  Förderung der Kreativität	Standbild- erarbeitung	Gruppen- arbeit	-
10 Min.	Sicherung	Vorstellen der Stand- bilder  Diskussion	Motivation zum Nachdenken	Diskussion	Plenum	Tafel  Folie
2 Min.	Sicherungs- phase 2	Haus- aufgabe	Kenntnisse vertiefen	-	Einzel- arbeit	-

# Materialien

## Türkei: Nach Twitter nun auch YouTube gesperrt



**Das türkische Außenministerium hat im Vorfeld der anstehenden Wahlen am Sonntag die Video-Plattform YouTube gesperrt: © OZAN KOSE/AFP/Getty Images**

**28. März 2014 - Kurz nach dem [Blockieren des Zugangs zu Twitter](#) haben die türkischen Behörden nun im Vorfeld der anstehenden Wahlen am Sonntag auch den Zugriff auf YouTube gesperrt. Dies deutet auf einen bewusst geplanten Angriff auf die Meinungsfreiheit hin.**

Medienberichten zufolge führte das türkische Außenministerium nationale Sicherheitsbedenken als Grund für die Anordnung zur Sperrung der Video-Plattform an. Auf diese Weise solle vorgeblich die weitere Verbreitung abgehörter Gespräche zwischen hochrangigen türkischen Regierungsbeamten zum Thema Syrien verhindert werden.

"Die türkische Regierung scheint nur nach einem Vorwand gesucht zu haben, um Internetseiten zu sperren, auf denen potenziell regierungskritische Ansichten und unangenehmes Material verbreitet werden können", so Andrew Gardner, Türkei-Experte von Amnesty International.

"Die Tatsache, dass diese Maßnahme nur wenige Tage vor den türkischen Kommunalwahlen erfolgt und Ministerpräsident Erdoğan YouTube kurz zuvor noch heftig kritisiert hatte, macht deutlich, dass es sich hierbei um nichts weiter als einen plumpen Zensurversuch durch die Regierung handelt, der das Misstrauen und die Unzufriedenheit der Bevölkerung lediglich weiter verstärken wird.

Selbst bei begründeten Bedenken der türkischen Behörden bezüglich einiger auf YouTube veröffentlichter Inhalte ist es absolut unverhältnismäßig, die Video-Plattform im ganzen Land komplett sperren zu lassen. Der Zugriff auf YouTube muss unverzüglich wiederhergestellt werden und die Behörden müssen das Blockieren von Internetseiten unterlassen, die Gesetzesverstöße aufdecken und eine Plattform für regierungskritische Stimmen bieten."

[http://www.amnesty.de/2014/3/28/tuerkei-nach-twitter-nun-auch-youtube-gesperrt?destination=node%2F3031%3Fcountry%3D116%26topic%3D224%26node\\_type%3D%26from\\_month%3D0%26from\\_year%3D%26month%3D0%26to\\_year%3D%26submit\\_x%3D92%26submit\\_y%3D8%26submit%3DAuswahl%2Banzeigen%26result\\_limit%3D10%26form\\_id%3Da\\_i\\_core\\_search\\_form](http://www.amnesty.de/2014/3/28/tuerkei-nach-twitter-nun-auch-youtube-gesperrt?destination=node%2F3031%3Fcountry%3D116%26topic%3D224%26node_type%3D%26from_month%3D0%26from_year%3D%26month%3D0%26to_year%3D%26submit_x%3D92%26submit_y%3D8%26submit%3DAuswahl%2Banzeigen%26result_limit%3D10%26form_id%3Da_i_core_search_form)

## Türkei: Tränengas und Wasserwerfer gegen friedliche Demonstranten



**Ein Polizist bei dem Versuch, einem Demonstranten ein mit Blumen bedecktes Banner zu entreißen. Istanbul, 1. Mai 2014: © BULENT KILIC/AFP/Getty Images**

**1. Mai 2014 - Der Einsatz von Tränengas und Wasserwerfern gegen friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten am 1. Mai in Istanbul ist eine verwerfliche Maßnahme der Polizei, die freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlungen zu unterdrücken, kritisierte Amnesty International.**

Das Zentrum von Istanbul rund um den Taksim-Platz war von der Bereitschaftspolizei vollständig abgeriegelt worden, um zu verhindern, dass die geplante friedliche Demonstration anlässlich des 1. Mai stattfinden konnte.

"Ein friedlicher Protestmarsch wurde heute Morgen von einer menschlichen Mauer aus Bereitschaftspolizisten gestoppt, die die Hauptzugangsstraße von Şişli zum Taksim-Platz, dem Epizentrum der Gezi-Park-Proteste im vergangenen Jahr, versperrt hatte", sagte Andrew Gardner, Türkei-Experte von Amnesty International, der die Ereignisse vor Ort miterlebte.

"Als Wiederholung der rechtswidrigen Taktiken, die traurigerweise zur Standardantwort der türkischen Behörden auf friedliche Proteste geworden sind, wurden Tränengas und Wasserwerfer eingesetzt, um die versammelte Menschenmenge aufzulösen", so Gardner weiter.

"Die Polizei hatte das gesamte Gebiet abgesperrt, was ein Polizeibeamter mit den Worten kommentierte: ‚Keine Menschen, keine Probleme‘. Istanbuls Gouverneur hatte das Verbot damit begründet, dass die Demonstrationen den Verkehr und den Tourismus stören würden - und hatte dann das Gebiet für jedermann gesperrt", sagte Gardner. "Die Verweigerung eines lebendigen und friedlichen Protests auf dem Platz ist ein weiterer Nagel in den Sarg der Meinungs- und Versammlungsfreiheit in der Türkei."

Nachdem die friedlichen und groß angelegten Feierlichkeiten anlässlich des 1. Mai in vielen Jahren zuvor mit Zustimmung der Behörden stattfinden konnten, wurden sie im Jahr 2013 verboten. Die Polizei wandte bei der Verhinderung und Auflösung der Demonstrationen rechtswidrige Gewalt an.

Dieses Jahr wurden Berichten zufolge 39.000 Polizisten und 50 Wasserwerfer eingesetzt, weil die Behörden sich erneut weigerten, Demonstrationen zu erlauben.

Ohne ausreichende Vorwarnung hat die Polizei Tränengas und Wasserwerfer gegen eine Menge von einigen Tausend Menschen eingesetzt, die sich im Stadtviertel Şişli in der Nähe des Gebäudes der DİSK ("Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaften der Türkei") friedlich versammelt hatten. Diese Szene erinnerte stark an die missbräuchliche Anwendung von Gewalt gegen Gewerkschafter im Jahr 2008, die vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte im Fall "Disk und Kesik gegen die Türkei" als Verletzung des Rechts auf friedlichen Protest verurteilt wurde.

Immer dann, wenn die Behörden in der Vergangenheit Kundgebungen anlässlich des 1. Mai auf dem Taksim-Platz erlaubt hatten, waren diese friedlich und ohne Verletzungen oder Zerstörung von Eigentum abgelaufen. Immer dann, wenn sie diese Erlaubnis verweigerten, endete dies in missbräuchlichem Gewalteinsatz der Polizei gegen Demonstrantinnen und Demonstranten und mit Verletzungen und erheblichen Einschränkungen in der ganzen Stadt. Auch dieses Jahr stellt leider keine Ausnahme dar.

[http://www.amnesty.de/2014/5/1/tuerkei-traenengas-und-wasserwerfer-gegen-friedliche-demonstranten?destination=node/3031?country=116&topic=224&node\\_type=&from\\_month=0&from\\_year=&to\\_month=0&to\\_year=&submit\\_x=92&submit\\_y=8&submit=Auswahl+anzeigen&result\\_limit=10&form\\_id=ai\\_core\\_search\\_form](http://www.amnesty.de/2014/5/1/tuerkei-traenengas-und-wasserwerfer-gegen-friedliche-demonstranten?destination=node/3031?country=116&topic=224&node_type=&from_month=0&from_year=&to_month=0&to_year=&submit_x=92&submit_y=8&submit=Auswahl+anzeigen&result_limit=10&form_id=ai_core_search_form)